Unbestrittener Vorteil

Autor(en): **Anderegg, P.**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **56 (1977)**

Heft 10

PDF erstellt am: **29.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-339379

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Initiative für Trennung von Staat und Kirche, wie er von sozialdemokratischer Seite vorgebracht wurde, um eine reine Alibiübung handle, weil niemand im Ernst daran denke, die in Vorschlag gebrachte Mandatssteuer als echte Alternative zum vorliegenden Initiativbegehren zu propagieren. Man wolle den — vom Staat gehätschelten — Kirchen nicht wehtun, gleichwohl aber beim Fussvolk der Partei den Eindruck erwecken, man sei im Prinzip durchaus für Gleichberechtigung aller Glaubensgemeinschaften und Weltanschauungsgruppen.

Inzwischen haben die Tatsachen selbst ihr Urteil gesprochen: von der Mehrzwecksteuer, die die Kirchensteuern hätte ersetzen sollen (sog. Mandatssteuer) spricht heute niemand mehr, und der Minderheitsantrag der kantonsrätlichen Kommission, die den Gesetzgeber ermächtigen wollte, den bisher benachteiligten religiösen und weltanschaulichen Gemeinschaften eine Art Gleichberechtigung zu gewähren, ist vom Kantonsrat am 29. August mit der erdrückenden Mehrheit von 103:17 Stimmen abgelehnt worden. Zählt man von den 17 Ja-Stimmen noch jene der POCH ab, so verbleiben genau 15 SP-Mitglieder, denen die massive Privilegierung der Landeskirchen ein Dorn im Auge war und ist — fürwahr ein kleines Häufchen. Das Wohlwollen, das die Partei dem Anliegen der Arbeitsgruppe Spieler bescheinigt hatte, erwies sich somit als blosser Schein.

Da nun Genosse Willy Spieler aus dieser kläglichen Situation die Konsequenzen zieht — er tritt nun *für* die Initiative ein, weil er in deren Annahme gegenüber der Beibehaltung des bisherigen Zustandes das kleinere Übel sieht —, sehe ich mich veranlasst, in bezug auf ihn und seine Mitstreiter den Vorwurf einer politischen Scheinübung zurückzunehmen. Es ist mir ein Bedürfnis, den Genossen Spieler meiner Hochachtung zu versichern und ihm für sein mutiges, grundsatzgetreues Verhalten zu danken. Dasselbe gilt natürlich auch für seine Mitstreiter. *Adolf Bossart*

Unbestrittener Vorteil

O. R. Boehm: «Kraftwerke in Ballungsgebieten» («Profil» 7/8/77)

Auf Seite 215 dieses Artikels steht: «Die Schadstoffbelastung aus konventionellen zu kerntechnischen Anlagen unterscheidet sich nur durch die Xenon- und Krypton-Emittenten; ansonsten sind SO_2, Staub, NOx, nitrose Gase und CO die Hauptanteile beider Kraftwerkausführungen.» Entweder ist Boehm ein Fehler unterlaufen oder dieser Satz ist falsch geschrieben. Ein Kernkraftwerk unterscheidet sich gerade dadurch von einem konventionellen, thermischen Kraftwerk, dass es keine Verbrennungsprodukte ausstösst. Dieser unbestrittene Vorteil wird ja immer wieder hervorgehoben, wenn die Atomlobby Kernkraftwerke propagiert.

P. Anderegg